Aufgaben der AG-Flüchtlingshilfe, Kooperation mit dem Wetteraukreis, vorhandene und geplante Strukturen

Die AG Flüchtlingshilfe hat sich gegründet, als auf Initiative des Wetterkreises hin in fast allen Kommunen des Wetteraukreises Runde Tische für Flüchtlinge gegründet wurden. Hier stellte sich unserer Ansicht nach die Aufgabe der Koordination und Vernetzung. Hinzu kam die Notwendigkeit einer Interessensvertretung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer, die Bündelung von Erfahrungen mit guten Ansätzen, aber auch mit Schwierigkeiten, deren Beseitigung wir als Voraussetzung für eine gelebte Willkommenskultur für nötig halten. Wir haben uns nicht nur als Unterstützungs- AG für Flüchtlingshelfer*innen, sondern auch als Interessensvertretung von Flüchtlingen gegründet, deren Mitarbeit in der AG genauso wie bei den Runden Tischen ausdrücklich vorgesehen ist. Das ist ein wesentliches demokratisches Prinzip und soll zugewanderten Menschen dabei helfen, handelnde Subjekte zu werden.

Apropos Willkommenskultur: Als wir feststellten, dass es der Wetteraukreis wirklich ernst meinte mit diesem Begriff, haben wir uns in der AG für eine Abkehr von der früheren eher konfrontativen Arbeit hin zu einer kooperativen Arbeit entschlossen, ohne aber unseren kritischen Blick aus Sicht der Ehrenamtlichen und der Flüchtlinge aufzugeben. In einem Organisationspapier für die AG haben wir uns Ziele gesetzt und hier ist Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme:

Die Ziele sind:

1. Förderung eine positiven Willkommenskultur

Hier liefen wir bei Bürgerinnen und Bürgern der Kommunen, bei den Verwaltungen vieler Kommunen und bei der Sozialarbeit des WK „offene Türen“ ein. Es ging also nicht um die Frage, ob Willkommenskultur, sondern wie Willkommenskultur gelebt werden kann. Und da hat sich ein ungeheuer buntes Bild von Unterstützungsinitiativen, meist innerhalb der Runden Tische in allen Bereichen des Lebens gebildet mit dem Ziel, Integration auf vielfältige Weise zu ermöglichen und zu fördern. Viele persönliche Beziehungen sind entstanden, Feste werden gefeiert, Sprachkurse angeboten und gemeinsam Sport gemacht, um nur einige Farbtupfer zu nennen. Auch Job Komm und Arbeitsamt, Volkshochschule, Schulen und Berufsbildungseinrichtungen haben die Herausforderung angenommen. Auf politischer Ebene und in den Bundesverwaltungen sind Gesetze und Verordnungen entstanden, die eine schnelle Förderung von Integration in Gesellschaft, Bildungs- und Arbeitsmarkt ermöglichen sollen. Es gibt aber auch Probleme: Zum einen läuft die personelle und räumliche Ausstattung der Ausländerbehörde konträr zu den Anforderungen an eine Willkommensbehörde: Wartezeiten werden immer länger. Bei Anträgen wird immer wieder vertröstet auf einen zukünftigen Zeitpunkt. Klar ist, dass das nicht nur der Ausländerbehörde des Wetteraukreises anzulasten ist, sondern der Unterbesetzung auf allen Ebenen der Flüchtlingsverwaltung, des BAMF sowie der Entscheider und Richter. Überall sind zu wenige Fachkräfte eingestellt, ein Mangel, der nur sehr schleppend beseitigt wird, und das oft aus finanziellen Gründen. Hier werden Geflüchtete in unnötigen Warteschleifen geparkt, weil Zuständigkeiten und finanzielle Verantwortlichkeiten nicht geklärt sind.

Außerdem erleben wir gerade eine Zäsur: Als der Politik deutlich wurde, dass durch Willkommenskultur Anreize geschaffen werden, die eine ungeahnte Zahl von Flüchtlingen nach Deutschland ziehen, setzt jetzt eine Politik des Roll Back ein: Neue Gesetze und Erlässe oder Rückgriff auf alte, bereits abgeschaffte Regelungen, verschärfen die Situation für

bestimmte Flüchtlingsgruppen, andere werden von Integrationsmaßnahmen ausgenommen und es findet eine politische Diskussion statt, die Wasser auf die Mühlen der Brandstifter von Rechts ist und die Angst und Schrecken unter Flüchtlingen verbreiten soll. Ein Stichwort ist hier die Frage des Familienzusammenzugs, aber auch Sach- statt Geldleistungen usw. Das wird die "Förderung einer Willkommenskultur" sehr erschweren.

2. Zusammenführung aller ehren- und hauptamtlichen Akteure, die in der Flüchtlingshilfe im Wetteraukreis tätig sind:

Hier hat es viel Fortschritt gegeben und es gibt Regionen im Wetteraukreis, in denen diese Zusammenarbeit inzwischen routiniert läuft. Durch die extreme Arbeitsbelastung gerade der Hauptamtlichen ist aber in vielen Bereichen die dafür notwendige Koordination nur sehr schwer möglich. Dies gilt nach wie vor für die Krankenhilfe, die für uns ein strukturelles Problem darstellt, das auf die jetzt praktizierte Weise kaum befriedigend gelöst werden kann. Beispiel dafür ist aber auch der Abzug der letzten Sozialarbeiter*innen des Wetteraukreises aus der Sozialarbeit, weil sie für die Flüchtlingsaufnahme und Weiterverteilung der Flüchtlinge in die Kommunen gebraucht werden. Da fallen die Sprechstunden aus und die Betreuung wird entweder ganz von Ehrenamtlichen übernommen oder entfällt einfach.

3. Unterstützung der örtlichen Flüchtlingshelfer durch Vernetzung, Fortbildung und Informationsaustausch

Informationsaustausch findet beständig über den Verteiler der AG statt. In Rundbriefen wird in längeren Abständen über neue Gesetze und Verordnungen sowie Fortbildungsangebote informiert. Auf Vorschlag der AG haben das ev. Dekanat Büdingen, Gedern, Schotten und die Caritas bereits 2 erfolgreiche Fortbildungsreihen im Ostkreis angeboten. Weitere sollen im Westkreis folgen. Treffen für den Erfahrungsaustausch ehrenamtliche Sprachlehrer*innen mit fachlichem Input durch Referenten werden organisiert und sind sehr gut besucht. Die Homepage hat inzwischen ebenfalls eine wichtige Informations- und Vernetzungsfunktion übernommen. Hier kann man neben neuen Erlässen, Verordnungen und Entwicklungen Kontaktadressen der Kommunen und der Runden Tische in fast allen Kommunen des Wetteraukreises finden, wenn man die Arbeit unterstützen möchte. Das wird ebenfalls gut genutzt, und die Mitgliederzahlen der meisten Runden Tische nehmen nach wie vor zu. Auch die gemeinsamen Infoveranstaltungen von AG-Flüchtlingshilfe und Wetteraukreis haben sich so entwickelt, dass sie unbedingt fortgesetzt werden sollen. Auf Vorschlag der Flüchtlingshilfe - AG organisiert das Dekanat Wetterau West jetzt in Zusammenarbeit mit dem IPOS Institut der ev. Kirche ein Supervisionsangebot für Flüchtlingshelfer*innen. Die Ausweitung zu einem Mediationsangebot für Streitfälle ist angedacht.

4. Initiierung eigener Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ehrenamtlicher Helfer*innen und der Situation der Flüchtlinge

Neben der Homepage hat sich vor allem die Einrichtung der Steuerungsgruppe als sehr produktiv herausgestellt. Neben der Koordination und Erarbeitung von Strategien können Probleme, die uns von Runden Tischen oder kommunalen Mitarbeiter*innen übermittelt werden, oft auf kurzem Wege durch die Teilnahme des Leiters der Sozialen Dienste, Herrn Kannieß, kommuniziert und geklärt werden. Das hat z.B. im Bereich Krankenhilfe eine aufkommende Konfrontation und viel Frust verhindert, obwohl der auf kleiner Stufe weiter schwelt. Auch der Dolmetscherpool sollte ein Baustein für dieses Ziel sein. Frau Yamini hat viel Vorarbeit geleistet, die auch von einigen behördlichen Mitarbeiter*innen und von Ehrenamtlichen genutzt wird. Allerdings ist die Frage der Kosten immer noch nicht geklärt. So wurde sie auch wegen der „Überlaufereinrichtung“ in Nidda angesprochen. Das

Gespräch endete nach der Frage nach Übernahme der Fahrtkosten, die bisher nicht übernommen werden. Da sind noch Gespräche nötig.

5. Öffentlichkeitsarbeit zu allen Themen der Flüchtlingshilfe

Diese Arbeit konnten wir uns bisher fast sparen, weil sie in hervorragender Weise von den Runden Tischen gemacht wird. Konflikträchtige Vorkommnisse können direkt kommuniziert und bisher auch geregelt werden, sodass eine öffentliche Skandalisierung kontraproduktiv wäre. Auch sind die Medien selbst sehr aktiv im Flüchtlingsbereich mit eigenen Berichten von Flüchtlingsschicksalen und kritischen Zuständen, die abgestellt werden müssen.

6. Ansprechpartner sein für die in Flüchtlingsangelegenheiten zuständigen Behörden

Diese Funktion wird bisher, außer von kommunalen Mitarbeiter*innen und Flüchtlingssozialarbeiter*innen, kaum in Anspruch genommen. Gut funktioniert hat das allerdings bei der inhaltlichen und formalen Gestaltung der letzten gemeinsamen Infoveranstaltung von AG und Wetteraukreis, aber da wäre noch viel Luft drin.

7. Abgrenzung von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit

Eine Darstellung der sozialarbeiterischen Tätigkeitsbereiche ist erfolgt in den Verträgen des Wetteraukreises mit den Kommunen, die die Flüchtlingssozialarbeit selbst übernommen haben. Allerdings ist die Praxis nie systematisch überprüft worden. Fakt ist, dass durch die immense Arbeitsbelastung der Sozialarbeiter*innen des Wetteraukreises und des DRK der in diesen Verträgen formulierte Anspruch im letzten und in diesem Jahr nicht wirklich umgesetzt werden konnte. Das ist bei einem Schlüssel von 210 : 1 nicht verwunderlich. Es gab und gibt immer irgendwo ein Vakuum, das durch Ehrenamtliche ausgefüllt wurde und wird. Wenn es gut läuft, beschwert sich niemand darüber, es wird aber auch nicht gewertschätzt, außer in allgemeinen Floskeln. Hinzu kommen Krankheits- und Einarbeitungszeiten, die im Schlüssel nicht berücksichtigt sind. Und dieses Vakuum ist durch den bereits vorhin angesprochenen Abzug der Sozialarbeiter*innen des Wetteraukreises noch vergrößert worden.

Die Zusammenarbeit fast aller im Gründungspapier der AG genannten Organisationen, Vereinigungen und Verbände ist inzwischen gewährleistet. Nur bei den religiösen Gemeinschaften fehlen noch einige. Dabei gibt es eine solche Zusammenarbeit durchaus hier und da auf kommunaler Ebene, aber eben noch nicht auf Kreisebene.

Eine kurze Einschätzung der momentanen politischen Lage sei mir noch gestattet, weil sie unsere Arbeit direkt betrifft.

Die Aufnahme so vieler Flüchtlinge wurde schon oft als historische Aufgabe bezeichnet und das zu Recht. Dem wird aber in keiner Weise unsere historisch gewachsene Rollenverteilung zwischen den verschiedenen Politik- und Verwaltungsebenen: Bund, Länder, Kreise und Kommunen gerecht. Auf jeder dieser Ebenen wird ängstlich und in scharfer Abgrenzung zu den anderen Ebenen darauf geachtet, dass der eigene Verantwortungsbereich und die finanziellen Verbindlichkeiten nicht oder möglichst wenig steigen. Das ist verständlich, denn der Handlungsspielraum von Land, Kreis und Kommune hängt davon ab, ob der Haushalt genehmigt wird und ob überhaupt noch Geld für eine zukünftige gesellschaftliche Entwicklung vorhanden ist. Die Zielsetzung der „schwarzen Null“ hat den Druck nochmals verschärft. Und so gibt es im ganzen Land ein Gezerre und Gefeiße um die Verteilung der Aufgaben und finanziellen Verantwortlichkeiten, wo eigentlich eine „Konzertierte Aktion“ zwischen allen 4 Politik- und Verwaltungsebenen zur Bewältigung der immensen Integrationsaufgaben erforderlich wäre. Der Begriff „Konzertierte Aktion“ wurde früher in anderen

Zusammenhängen gebraucht, macht aber die Dimension der Herausforderung und der notwendigen Anstrengungen zu ihrer Bewältigung deutlich. Dabei geht es ja nicht nur um die kurzfristigen Aufgaben, mit denen wir uns momentan befassen. Es geht um eine Anpassung der Sozial- und Bildungssysteme, die in kürzester Zeit über 1,5 % mehr Menschen mit besonderer Problemlage, aber auch mit besonderem Potential, integrieren müssen. Wenn die Zuwanderung weiter anhält, eben entsprechend mehr!

Der Wohnungsmarkt stellt uns vor riesige Aufgaben, denn alle jetzt angefangenen Projekte brauchen Jahre bis zu ihrer Fertigstellung (und es gibt bisher kaum angefangene Projekte). Von den Diskussionen und Beschlüssen in der Politik, von der Arbeit der Verwaltungen und von dem zur Verfügung stehenden Geld hängt es ab, ob und wie wir diese Herausforderungen meistern. Da muss die Bundesregierung endlich Pläne für eine solche „Konzertierte Aktion“ vorlegen und das nötige Geld zu ihrer Umsetzung zur Verfügung stellen. Das entscheidet, ob die bisherige Hilfsbereitschaft bestehen bleibt und weiter wächst, oder ob sich das Gefühl der Überforderung lähmend über unsere Republik legt sowie Angst und Aggression die Überhand gewinnen. Auf der politischen Rechten unserer Gesellschaft wird darauf gelauert und alles dafür getan. Wir werden uns jedenfalls weiter mit aller Kraft für die Bewältigung der Herausforderungen einsetzen.

Johannes Hartmann
Schulstraße 7
61169 Friedberg